

Freie Presse

Einzelverkaufspreis: Die 16-seitige Kompaktzeitung 20 Pf. — Ausland 50 Pf.
Die 32-seitige Vollausgabe 2 Mk. — Für Nachverschickten Sonderzettel
Anzeigenanzeige bis 7 Uhr abends.

Einzelverkaufspreis: Die Zeitung erscheint täglich morgens. Montags: mittags. Die Zeitung
in Lodz und Umgegend wöchentlich 1 Mark 50 Pfennige, monatlich 6.— Mark.
Bei Postversand Mk. 1,25 beginn. Mk. 7.—

Nr. 117

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86

2. Jahrgang

Neue Schwierigkeiten.

Nach einer Mitteilung des „Excelsior“ wird der deutschen Delegation die Möglichkeit zu mündlichen Verhandlungen nicht gewährt werden. Nach Übereinkunft des Vertrages werden alle Einwendungen innerhalb einer Frist von 14 Tagen schriftlich gemacht werden müssen, und nach Ablauf dieser Frist hat die Unterzeichnung zu erfolgen. Es sei völlig ausgeschlossen, daß die Frist verlängert oder daß mündliche Einwendungen gestellt werden. Marcel Hulin schreibt im „Journal“, daß die russische und österreichische Frage entschieden sei. Danach sei Deutschland weder in der Lage einen Vertrag mit Russland zu schließen, noch auch sich mit Österreich zu vereinigen.

Eine Haupt Schwierigkeit scheint belgischerseits zu bestehen. Die belgische Delegation hält den Vorschlag der Alliierten auf Gewährung eines Vorschusses von zweieinhalb Milliarden, welcher auf die deutsche Entschädigung verrechnet werden soll, für die Übernahme der belgischen Kriegsschuld von fünf Milliarden durch die Alliierten unter dem Vorbehalt der Rückerstattung durch Deutschland für durchaus ungünstig. Die Finanztrübe sei dadurch herausbeschworen, daß Deutschland siebenhalb Milliarden Papiermark zum Zwangstausch von 1,25 Francs in Belgien in Umlauf gesetzt hat, während der Marktstand heute 45 Centimes sei. „Journal“ sagt, man sei in Brüssel schwer verunsichert, daß die Alliierten Belgien aufforderten, sich mit Deutschland auseinanderzusehen. „Petit Parisien“ meldet, daß Hymans nach längeren Besprechungen mit dem Ministerrate und dem König nach Paris zurückkehrt. „Matin“ berichtet, daß in Brüssel patriotische Verbände vor dem Haus demonstrieren, um die völlige Wiederaufmachung des Schadens durch Deutschland und die Erfüllung aller territorialen Wünsche zu verlangen. Andernfalls dürfe die belgische Delegation den Vertrag nicht unterzeichnen. Die belgische Presse — besonders „Soir“ — verlangt, daß Belgien, dem italienischen Beispiel folgend, die Konferenz verlässe, falls ihm nicht Befriedigung werde.

Neben diesen Streitpunkten ist laut „New York Herald“ noch in der weniger wesentlichen Sache, ob es eine erneute Schwierigkeit aufgetreten, indem China gegen die Beschlüsse des Dreierates als ungerechtfertigte Begünstigung Japans protestiert. Bemerkenswert ist, daß die Presse ausführlichere Kommentare über die Unstimmigkeiten erzielt und sich auf eine knapp gehaltene Darstellung beschränkt. „Petit Parisien“ schreibt, man dürfe nicht damit rechnen, daß der Friedensvertrag der deutschen Delegation vor Freitag oder Sonnabend überreicht werde.

Leon Jouhaux, Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, der bei den Demonstrationen des 1. Mai verwundet wurde, hat sein Mandat als Fachdelegierter der Friedenskonferenz zurückgezogen. Er teilt dies Clemenceau in einem Briefe mit, in dem er weiter sagt: „Als Vertreter der französischen Arbeiterklasse in die Konferenz berufen, ist es mir unmöglich, meine Ausgabe zu erfüllen, nachdem die französische Regierung die Macht der Arbeiter in so brutaler Weise unterdrückt hat. Sie haben gegen die Pariser Arbeiter ihre Polizei und die Armee mobil gemacht. Sie haben Männer, Frauen und Verkümmelte mit der unerhörtesten Grausamkeit mißhandeln lassen, obwohl sie für sich nur eine Freiheit beanspruchen, die ihren Genossen in der ganzen Welt gewährt wird. Da Sie diese Freiheit den Arbeitern verneigen, so ist es deren Vertreter nicht möglich, für sich diejenige Freiheit zu erwarten, deren er für seine Tätigkeit bei der Friedenskonferenz bediente.“

Reichstag.

(Sitzung vom 6. Mai.)

Beginn der Sitzung: 4 Uhr 15 Minuten. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, hält Marshall Trompezyński eine kurze Ansprache, in der die Frage der Verfassung gewidmet ist. Darauf beginnt die erste Lesung des Verfassungsentwurfs der Regierung.

Das Wort ergreift der Minister des Innern Wojciechowski, der des näheren auf den Regierungsentwurf eingeht und ankündigt, daß bei den Beratungen über die einzelnen Grundgesetze die Regierung ihren Standpunkt begründen werde.

Von der Annahme dieser Grundgesetze werde die Ausarbeitung weiterer Verfassungsparagraphen abhängen.

Die Debatte über den Verfassungsentwurf wurde auf Antrag des Marshalls bis zur Freitagssitzung vertagt, in der auch die Lesung des von der polnischen Volkspartei (Pisateli) eingebrachten Verfassungsentwurfs erfolgen soll.

Das Haus geht zum zweiten Punkt der Tagesordnung über: Entwurf eines Dekrets in der Frage der Belebung dieses Kredits von 75 Millionen Mark zur Erteilung von Anleihen an Industrie und eines Kredits von 25 Millionen Mark für Vergünstigungsdarlehen an Kleinindustrie und Gewerbetreibende.

Während der Aussprache ergreifen die Abgeordneten Rudnicki, Szymanski, Weinzieher, Szczerkowski, Wosieniak und Małanowski das Wort. Zuletzt spricht der Minister für Handel und Industrie Honcza, der betont, daß das Gesetz sich auf den Grundsatz von Darlehen stütze, da das System der Schenkung negativ auf die Selbständigkeit einwirke. Was die Erteilung der Anleihen betreffe, so müsse man Vertrauen zu den Ministerien für Finanzen und Industrie und zu der Kommission haben, in denen der bürgerliche Faktor in weitem Maße berücksichtigt sei, was eine günstige Behandlung der Darlehenanträge verbürgte. Von diesem System könne man nicht abgehen, denn es habe sich in der ganzen Welt als zweckentsprechend erwiesen. Redner ist gegen eine Beschränkung der Darlehensklasse, die ein besonderes Amt sei und das Recht haben müsse, darüber zu entscheiden, auf welche Weise und wem Darlehen zu erteilen sind. Diese Frage werde übrigens nicht lange aktuell bleiben, da die Erteilung von Darlehen auf die polnische Bank übergehen werde. Redner legt Verwahrung ein gegen die Worte des Abgeordneten Małanowski, als wenn es sich um ein hochprozentiges Almosen handle. Solche Almosen gebe der Reichstag nicht, er wolle den Leuten in angemessener Weise helfen. Was aber den Prozentsatz anbetrifft, so bemerkt Redner, daß er nicht den Mut gehabt hätte, dieses Projekt hereinzu bringen, wenn er nicht überzeugt gewesen wäre, daß der Satz nicht höher als 6 Prozent sein werde.

Nach einer Rede des Abg. Pfarrer Sendzimir wurde der Entwurf der Kommission für Industrie und Handel überwiesen.

Es wird die Debatte über das Münzgesetz eröffnet. Finanzminister Karpinski hebt hervor, daß das Gesetz in irgend einer Form angenommen werden müsse; erst später könne eine polnische Bank geschaffen werden. Redner hebt die Hoffnung, daß es nach einiger Zeit gelingen werde, eine gewisse Summe zu sammeln, so daß die Billette der polnischen Bank eine, wenn auch nur kleine Metalldeckung haben werden. Das Regierungsprojekt stützt sich auf das Goldsystem. Das Haus überweist den Entwurf der Finanz- und Budgetkommission.

Punkt vier der Tagesordnung wurde auf Wunsch einiger Abgeordneter vertagt, worauf in die erste Lesung des Gesetzes über die vorläufige Versorgung der Witwen und Waisen von Soldaten des polnischen Heeres, die infolge der gegenwärtigen Kriegshandlungen gefallen oder gestorben sind, eingetreten wird.

Nach einer kurzen Rede des Abg. Libermann, der die Gleichstellung der Witwen und Waisen von Offizieren und Soldaten verlangt, werde die Angelegenheit der Budget- und Finanzkommission überwiesen. Ohne Aussprache wird das Gesetz betreffend Registrierung der Offiziere der Heereskommission überwiesen.

Es folgen Dringlichkeitsanträge. Anerkannt wird die Dringlichkeit des Antrags des Abgeordneten Starbel auf Erlass eines Gesetzes über Kriegswucher, das die Prügelstrafe für Wucherer und in schweren Fällen auch die Todesstrafe vor sieht. Einstimmig wird die Dringlichkeit des Antrags der Abgeordneten des nationalen Volksverbands in der Frage des Übereinkommens deutscher Militärs auf das Gebiet der Republik anerkannt. Am 29. April beschloß nämlich deutsche Artillerie außerhalb der Demarcationslinie Wieruszów im Gebiet von Wielun. Infolgedessen kamen 9 Personen um, 6 wurden schwer, gegen 100 leicht verwundet. Die Deutschen drohten mit einer weiteren Bombardierung der Ortschaft, um die Justizierung von Personen zu erzwingen, die angeblich dem deutschen

Heer gestohlen worden seien. In dem Antrag wird vorgeschlagen, feierlichen Protest einzulegen; die Regierung soll in möglichst energischer Weise an die deutsche Regierung wegen sofortiger Genußtuung unter Androhung von Vergeltungsmaßregeln herantreten. Endlich schlägt der Antrag die Entsendung einer Kommission an Ort und Stelle zur Untersuchung der Umstände und Folgen des Überfalls vor. Die Kommission soll binnen 7 Tagen Bericht erstatten.

Abg. Korfanty stellt den Antrag, daß sofort über diese Frage beraten werde, womit das Haus sich einverstanden erklärt.

Abg. Korfanty: Die militärischen Behörden in Polen haben dieser Tage ein Dokument des deutschen Hauptquartiers erhalten, in dem dieses alle deutschen Kommandos der bemächtigten Kräfte, die sich noch auf polnischen Gebieten befinden, auffordert, das polnische Militär und die polnische Bevölkerung herauszufordern und anzugreifen, um es zu einem polnisch-deutschen Kriege zu bringen. Dieses Dokument haben wir in unserer Hand und gestern wurde es durch Funkspruch der ganzen Welt bekannt gegeben. In diesem Dokument weist das Hauptquartier auch darauf hin, daß die durch diesen deutschen Provokationen hervorgerufenen Verwicklungen von den Deutschen in Spaia so hingestellt werden würden, als ob die Provokationen von polnischer Seite erfolgt seien. Diese Handlungswise trat bereits in den Protesten des Herrn Erzberger und der Vertreter der deutschen Regierung hervor, die an die Waffenstillstandskommission in Spaia und nach Paris gerichtet waren. Darin weisen sie unaufhörlich auf polnische Angriffe hin und beschuldigen sich darüber, daß die polnischen Truppen angeblich an der ganzen Linie die Deutschen angegriffen hätten. Diese Lüge mußte von dieser Stelle aus vor der ganzen Welt gebräuchlich werden. (Bravo.) Hierauf nimmt das Haus den Antrag einstimmig an.

Es folgen Beratungen über den Dringlichkeitsantrag des Abg. Malenki in der Frage der Gewalttat, die an der Botschaftsabteilung des Plenar-Kreistages verübt wurde, und der Entwurfung von Militär durch eine Menge Arbeiter.

Der Antragsteller fordert die Regierung auf, binnen 14 Tagen eine strenge Untersuchung in dieser Angelegenheit durchzuführen und die Schulden zu befragen. Die Dringlichkeit des Antrags wird angenommen und derselbe der Administrationskommission überwiesen.

Notables.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung, die am Dienstag stattfand, befasste sich vorwiegend mit Anträgen auf Besserung der Verkehrsverhältnisse in Lodz, auf Inbetriebsetzung der Industrie und Aufnahme öffentlicher Arbeiten. Zum Schluß wurde ein Antrag auf Ankauf der Requisiten des Thalia-Theaters durch die Stadt angenommen.

Bermögensteuer. Der Bermögensteuerpflicht unterliegen alle Personen, die im Besitz sind von: 1) Eigentümern im ehemaligen russischen Teilungsgebiet Polens, 2) Hypotheken auf diesem Gebiet belegene Eigentümern, 3) Feidekommunen, 4) Betriebskapitalien, die zur Führung von Land- und Forstwirtschaften, Bergbau und Industrieunternehmen im ehemaligen russischen Teilungsgebiet Polens dienen. Vom Vermögen dürfen die Schulden abgezogen werden, soweit das Reinvermögen versteuert wird. Zum Vermögen werden auch Rentenmittel gerechnet. Nicht zu berücksichtigen werden Gehälter, Krankengelder und Invalidenbezüge. Von der Bermögensteuer sind befreit: 1) Vermögen von weniger als 10,000 M., 2) Vermögen von Wohltätigkeitsanstalten, 3) Hypotheken, von denen der Gläubiger Hypothekenanteile zahlt. Zusammen mit der Steuer wird ein Zuschlag erhoben, der beträgt:

bei einem Steuerbetrag von 36 M. 30%, von 40 bis 100 M. 35%, von 125 bis 225 M. 40%, von 250 bis 350 M. 50%, von 410 bis 650 M. 60%, von 720 bis 1000 M. 70%, von 1080 bis 1400 M. 80%, von 1480 bis 1800 M. 90%, von 1890 M. und mehr 100%. Die Steuer kann lediglich für das Jahr 1919 erhoben werden. Berechnet wird der Durchschnittssteuer der Eigenschaft vom 1. März 1919. Für Eigentümern, die seit dem 1. April 1917 unversteuert geblieben sind, ist die Steuer in Höhe von 10%

des durchschnittlichen Vermögens nachträglich zu erheben. Das Finanzministerium hat das Recht, den Steuerfuß für einige Ortschaften für den Zeitraum von 1919 bis 1922 einzelfällig bis auf 6% des durchschnittlichen Vermögens herabzusetzen.

Landleute für arme Konfirmanden. Soeben habe ich für arme Konfirmanden eine ganz unerwartete Spende von evangelischen Landleuten erhalten. Im Dorfe Ogorodno, Gemeinde Mazew, Kreis Lenczna, hat ein Gemeindeglied Herr Friedrich Berbe, den dortigen evangelischen Landleuten (es wohnen dort nur acht evangelische Familien) einige Osterandachten gehalten, bei welcher auch unserer armen Konfirmanden gedacht wurde. Es spendeten: August und Olga Windland 10 M.; Wader 10 M.; Michael Windland 5 M.; Ludwig Majewski 10 M.; Andreas Blaminski 3 M.; Karl Berbe 5 M.; Samuel Windland 10 M.; Stefan Majer 5 M.; Eduard Majewski 5 M.; Edgar Majer 10 M.; Emilie Majer 4 M.; Eustachie Wensle 5 M. Zusammen 82 Mark! Ihrwahr: ein leuchtendes Vorbild christlicher Nächstenliebe. Innigsten Dank den lieben Spendern und Spenderinnen! Gottes Gnade sei ihnen allen ihr reicher Lohn. Herrlicher Dank auch Herrn Friedrich Berbe und Frau Blaminska, auf deren Bitte die Spenden Sammlung veranlaßt wurden. Auch ihnen rufe ich ein „Bergelt es Gott“ zu.

Pastor J. Dietrich.

Städtische Kultur- und Bildungskommission. Der bei der Schuldeputation zu bildenden Kultur- und Bildungskommission wurden von Seiten des Magistrats als ständige Mitglieder die Schöffen Ing. Klocman und Klimaszewski angehören.

Der Lodzer Sport- und Turnverein. wird am kommenden Sonntag, den 11. Mai, um 3 Uhr nachmittags, in der Turnhalle Galontawstraße Nr. 82, für seine Mitglieder, deren Angehörige sowie für Gäste einen Unterhaltungs-Nachmittag mit dramatischer Aufführung, Solo-Szenen, Ringkampf und darauffolgenden Turnveranstaltungen.

Wohltätigkeitsveranstaltung des Frauenvereins. Herr Pastor Dietrich schreibt uns: Am 10. Mai findet der bereits angekündigte musikalisch-dramatische Abend des ev.-lutherischen Frauenvereins des St. Johannsgemeinde zu gunsten der Einleidung der Konfirmanden statt. Diese Wohltätigkeitsveranstaltung beginnt um 8 Uhr abends im Helenenhof unter Beteiligung bekannter und hochgeschätzter Kräfte unserer Gesellschaft. Trotz der bereits eingeflößten Spenden sind wir noch weit davor entfernt, unsere Konfirmanden in würdiger Kleidung vor den Altar des Herrn führen zu können. Eine starke Beteiligung an dem musikalisch-dramatischen Abend ist daher dringend erwünscht. Der ev.-lutherische Frauenverein hat keine Mühe geschenkt, um den Abend zu einem interessanten und anregenden zu gestalten. Möchte die hiesige Gesellschaft, die viele Mühe und Arbeit, mit dem jetzt die Veranstaltung eines solchen Abends verbunden ist, durch regen Besuch anerkennen und belohnen.

Das nächste über den Abend selbst ist aus den Inseraten zu ersehen.

Befreite Spekulanten. Das Amt zur Bekämpfung des Buchers und der Spekulation hat folgende Angelegenheiten erledigt: Zur Spekulation mit Kohle wurde der Bajerzer Einwohner Samberg zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. 100 M. Geldstrafe erhielt die Einwohnerin in Pianice Chana Glaz, für Bucher mit Zucker; der Befreier aus der Befreiung 120 wohnende Max Hammer 30 M. Geldstrafe für Spekulation mit Zigaretten; in 1500 M. wurde der in der Zielnaustr. 25 wohnende David Dymant verurteilt, der geheim Zigaretten herstellte; zu 200 M. Geldstrafe wurde der in der Lipowastr. 54 wohnende Stanislaw Bajerstein verurteilt, der Kartoffeln zu Bucherpreis verkaufte; 100 M. Geldstrafe erhielt der in der Zielnaustr. 66 wohnende Michael Pinczewski, der mit Manufakturwaren Bucher trieb; in der Nowo-Zarzewskastr. 11 wohnende Salma Nowicki erhielt 500 M. Geldstrafe für den Vertrieb von unversteuerten ausländischen Zigaretten; 2920 Zigaretten wurden eingezogen.

Befreite Banditen. Wegen Verübung eines blutigen Raubüberfalls auf die Biechale bestiegen Witwe Karoline Gahmert und der Sohn Alma, Nowadowstrasse 32, standen die beiden Einwohner Karl Flor und Emil Krol vor

